INHALT:

o Beschluß zur Einrichtung einer Wirtschaftskommission
o Bericht zur Neuorganisierung des Zeitungsvertriebs
o Bericht zur Anleitung des Zeitungsverkaufs
o Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung.....VOEST-Investitionen
o Zum Auftreten gegen das VOEST-Projekt

1.) Diesem RS liegt eine Stellungnahme des KB Sa/ha zu den "Differenzen" auf der Wr.Konferenz bei.

Wir haben im RS 46 alles zu den Differenzen auf der Wr. Konferenz gesagt, was es unsererseits zu sagen gibt. Auf der Konferenz wurde vereinbart, die Salzburger Stellungsnahme auch in unserer Organisation zu verbreiten, was hiermit geschieht.

2.) Der Bericht zur Neuorganisierung des Zeitungsvertriebs wurde vom St.A. gebilligt. Bis zum Erscheinen der nächsten Nummer sollen die Vorbereitungen und Diskussionen soweit abgeschlossen sein, daß die vorgeschlagene Regelung bereits durchgeführt werden kann.

3.) Der Film über die Befreiung Pnom Penhs, der bereits im RS 46 angekündigt wurde, steht uns in der 2.März-Hälfte zur Verfügung. Termin der Aufführung wird noch bekanntgegeben.

4.) Der Antrag auf Ausschluß von J.L. wurde in der zuständigen VUV-Sektion einstimmig angenommen.

5.) Wir haben beschlossen, das Komitee "Südl.Afrika" bei der Durchführung einer Protest- und Informationsveranstaltung gegen die VOEST-Investitionen in Süd-Afrika und Rhodesien zu unterstützen und die Propaganda für diese Veranstaltung in unsere Arbeit aufzunehmen. In diesem RS ist ein Beitrag von U.B., wo die hauptsächlichen Materialien angeführt sind, die zweckmäßigerweise vor dem Auftreten besorgt und nochmals durchstudiert werden sollen. Der Zeitpunkt unseres Auftretens wird noch bekanntgegeben.
Das Komitee sammelt nach wie vor Unterschriften gegen die geplanten Investitionen; die Kollektive sollen überprüfen, ob sie diese Sammlung schon zu einem Auftreten vor den Betrieben benutzt haben, oder nicht. Wenn nicht, sollte sie es tun. Unterschriftenlisten liegen beim Journaldienst auf.

6.) Ende Februar wird das Komitee für das Recht auf Abtreibung eine Veranstaltung durchführen, die wir unterstützen. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

3.2.76.

BESCHLUSS ZUR EINRICHTUNG EINER WIRTSCHAFTSKOMMISSION

1. - um die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt und in Österreich zu untersuchen,
   - um den ideol ogischenAufbau der Organisation voranzutreiben durch Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft und der Besonderheiten im jetzigen Stadium
   - um den Massen den Charakter der kapitalistischen Wirtschaft und die Maßnahmen der Regierungspolitik besser in der Agit-Prop erklärlich machen zu können
   - und schließlich um diese Untersuchungen planmäßig nach den politischen Erfordernissen der Organisation anzugehen,

beschließt die Leitung des KB Wien die Einrichtung einer Wirtschaftskommission.

2. Als nächste Aufgabe der Kommission wird festgelegt, bis Mitte Februar einen Bericht über die Lage und die Entwiklung derjenigen Industriezweige, in denen unsere Betriebskollektive arbeiten, zu verfassen.

3. Vom KB werden R.F., W.R. und F.S. mit der Arbeit in der WK beauftragt. Dazu kommt F.W. von der MLS.

beschlossen am 23.1.1976

VORSCHLAG FÜR EINE GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER ORGANISATIONEN, DIE SICH AN DER DURCHFÜHRUNG DER PROTEST- UND INFORMATIONSVERANSTALTUNG GEGEN DIE VOEST-INVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA UND RHODESIEN BETEILIGEN

Die VÖEST-Alpine plant in Südafrika den Bau eines riesigen Stahlwerkes. Sie rechnet dabei mit der Ausbeutung der billigen afrikanischen Arbeitskräfte und einer sicheren Rohstoffversorgung. Nach den breiten Auseinandersetzungen, die es im vergangenen Jahr um dieses Projekt gegebenhat, ist klar geworden, daß die österr. Bundesregierung nicht daran denkt, die Geschäfte der VÖEST-Alpine in Südafrika zu unterbinden. Das Werk ist für 1.9 Millionen Jahrestonnen ausgelegt, bei einer Beteiligung der VÖEST von 26 %

und einer jährlichen Risikohaftung des österreichischen Staates von 3,8 Milliarden Schilling im Verlauf der nächsten 10 bis 15 Jahre. Die VÖEST beteiligt sich auch an dem Erzabbau in Sirhen (nördliche Kapprovinz) und dem Bau eines Hafens in der Saldanha Bay.
Gleichzeitig ist die VÖEST am Bau eines Stahlwerkes in Rhodesien beteiligt, obwohl sich Österreich dem Wirtschaftsboykott der UNO gegen Rhodesien angeschlossen hat. Zusätzlich verpflichtete sich die VÖEST ein komplettes Stahlwerk zu liefern. Geplant ist die Erhöhung der bisher jährlich von der RISCO (rhod.Stahlfirma) produzierten 400.000 Tonnen Stahl auf eine Million Jahrestonnen. Von den Investitionskosten für diesen Bau übernimmt die VÖEST allein ein Drittel der Gesamtsumme, das sind 400 mio.Schilling.

Die geplanten und laufenden Investitionen des verstaatlichten VÖEST-Alpine Konzerns in Südafrika und Rhodesien stellen die bisher massivste Zusammenarbeit Österreichs mit den Rassistenstaaten dar.

Sie bedeuten eine gewaltige Stärkung des Schwerindustrie- und Rüstungspotentials und damit der kolonialen Macht der Siedlerstaaten im südlichen Afrika.

In Südafrika und Rhodesien herrscht eine kleine weiße Minderheit über die große Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung. Die weißen Kolonialisten haben den Afrikanern das Land geraubt, die haben sie zurückgedrängt auf kleine, unfruchtbare Gebiete. Um überleben zu können, müssen sich die Afrikaner in den "weißen" Gebieten zu Hungerlöhnen Arbeit suchen. 60% der Schwarzen erhalten Löhne unter dem Existenzminimum für eine Arbeit von 12 - 15 Stunden täglich. Die Afrikaner haben keinerlei politische Rechte.
Die Völker von Zimbabwe (Rhodesien) und Azania (Südafrika) kämpfen gegen diese Staaten, weil sie sich von Unterdrückung und Ausbeutung nur befreien können, wenn sie die rassistischen Regimes stürzen.

Unterstützung für dieses Regime bedeutet, die Unterdrückung der dort lebenden afrikanischen Nationen zu verstärken. Sie dient dazu, den dortigen Kolonialregimes die Kraft zu geben, den Afri kanern weiterhin die fundamentalsten Rechte zu verweigern.

Die letzte Entscheidung über die Art und Weise der Zusammenarbeit mit Südafrika wird Ende Februar getroffen werden. Der Aufsichtsrat der ÖIAG (Industriellen-Verwaltungs AG) wird die Höhe des Prozentsatzes der Abnahmepflichtung von Stahlprodukten aus dem
ver
gemeinsamen Stahlgiganten festsetzen.

Wir werden Anfang März eine Protestveranstaltung durchführen und die Öffentlichkeit über die Verhältnisse im südlichen Afrika und die Bedeutung der VÖEST-Projekte informieren. Alle Menschen, die Rassismus und Kolonialismus ablehnen, sollen an dieser Veranstaltung teilnehmen und ihrem Protest gegen die Projekte der VÖEST-Alpine Ausdruck verlei hen.

Die österreichische Regierung fordern wir auf, alle Maßnahmen zu treffen, um den Bau der VÖEST-Projekte in Südafrika und Rhodesien zu verhindern!

KEINE VÖEST-INVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA UND RHODESIEN!
SOLIDARITÄT MIT DEM FREIHEITSKAMPF DER VÖLKER VON AZANIA UND ZIMBABWE!

.... (Organisationen, die sich an der Veranstaltung beteiligen)

ZUM AUFTRETEN GEGEN DIE VÖEST-PROJEKTE

Die Ursache, warum wir gegenüber den Rassistenstaaten in Rhodesien und Südafrika wirtschaftliche Boykottmaßnahmen und insgesamt den Abbruch aller Beziehungen fordern, ist nicht die, daß in diesen Ländern Unterdrückung herrscht. Da müßten wir diese Forderungen gegenüber den meisten Staaten der Welt aufstellen.

Der Grund ist der, daß in diesen beiden Ländern die schwarze Bevölkerung kolonial unterdrückt wird. Die weißen Minderheiten in Rhodesien und Südafrika haben den Afrikanern das Land geraubt und gestehen ihnen nur kleine, unfruchtbare Gebiete zu. Mit Hilfe rassistischer Gesetze und brutaler Gewalt halten sie die Unterdrückung über die große Mehrheit der Bevölkerung, die Afrikaner,

aufrecht. Es geht in S.A. und in Rhodesien um das demokratische Recht auf Selbstbestimmung der afrikanischen Bevölkerung. Die Existenz des weißen Minderheitenregimes beruht auf der kolonialen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung.
Für die Afrikaner heißt das, daß sie nur dann, wenn sie die RAssistenstaaten beseitigen, ihre Rechte und ihre Freiheit zurückgewinnen können.
Daher führt auch die gesamte afrikanische Bevölkerung einen Kampf um die Zerschlagung der weißen Regimes.

Zusammenarbeit mit den Rassisten und Unterstützung von ihnen, sei es auf wirtschaftlicher, militärischer, politischer oder diplomatischer Ebene, bedeutet zur Stabilisierung der herrschenden Zustände und zur Schwächung des gerechten Kampfes der afrikanischen Völker beizutragen.
Die VÖEST-Stahlwerke stellen die massivsten Vorhaben einer Zusammenarbeit dar. (Neuerdings ist davon die Rede, daß der Bau des Stahlwerks in Südafrika nicht zustande kommen soll, da die Kohlenversorgug nicht gewährleistet sei - die Bedenken kommen aus rein kapitalistischen Profit-Überlegungen; Die Entscheidung ist aber noch nicht getroffen. Bis dahin ist natürlich, neben dem Auftreten gegen die übrigen Maßnahmen der Regierung, gegen das Projekt in S.A. weiterhin schärfstens zu protestieren.)

In einer Situation, in der die Rassistenstaaten durch Boykottmaßnahmen von den meisten Ländern der Welt in die Isolation getrieben werden, ist die Unterstützung des österreichischen Staates umso schwerwiegender.
In der Agit.muß Klarheit geschaffen werden, um welche Regimes es sich in S.A. und Rhodesien handelt. Es muß gezeigt werden, daß es für die Afrikaner nicht darum geht, einige Verbesserungen zu erlangen - wie die Aufhebung bestimmter krasser Rassengesetze, oder die Schaffung von ein paar Arbeitsplätzen mehr (ein häufiges Argument unserer bürgerlichen Kräfte), sondern einzig und allein um die Beseitigung der Rassistenregime. Der bürgerlichen Hetze, daß die afrikanischen Völker nicht fähig wären selbst zu regieren muß entgegengetreten werden, indem man aufzeigt, wer die Schul an der Unentwickeltheit der Afrikaner trägt und idem man positiv aufzeigt, für welche Ziele sie kämpfen.
Zur Verdeutlichung, wozu die afrikanischen Völker in kürzester Zeit fähig sind, können die Erfolge in Mozambique und Guinea-Bissau wesentlich beitragen.

Gleichzeitig muß der imperialistische Charakter des österreichischen Staates entlarvt wrden. Das Argument der Arbeitsplatzsicherung dient der Vertuschung seiner üblen Machenschaften und seines wahren Charakters - als solches muß es in der Agit.behandelt werden.
Insgesamt muß klar werden, daß jede Unterstützung der österreichischen Imperialisten an das rhodesische und s.a.Rassistenregime sowohl den afrikanischen Völkern als auch dem österreichischen Volk schadet, daß sie die Position der Imperialisten insgesamt stärkt und daß es im Interesse aller Werktätigen ist, diese Machenschaften zu bekämpfen.

VORBEREITUNGSMATERIAL:
Zu den VÖEST-Projekten u.z.öster.Einmischung: KLAKA 2/76
Rev.Afrika 4/75 und 1/76; Sondernummer Rev.Afr.(kommt i.der 1.Feb.woche heraus); Broschüre "Ö.'s Beziehungen z. Südl.Afr." (die Zahlen zu dem VÖST-Projekt in S.A. sind veraltert)
Zur Frage der Unterdrückung und des Kampfes: die letzten Rev.Afr.s f.d.Fraktion im Komittee (u.b)

NEUGESTALTUNG DES KLASSENKAMPFVERTRIEBS UND DER KLASSENKAMPF-ABRECHNUNG

Im Zusammenhang mit den Überlegungen zum 14-tägigen Erscheinen des "Klassenkampf" und auch bereits im Hinblick auf die zukünftige nationale Organisation stellt sich die dringende Notwendigkeit, auchden Vertrieb und die Abrechnung der Zeitung entlang den demokratisch zentralistischen Strkturen zu organisieren.

Die gegenwärtige Situation ist von Schwerfälligkeit und Ungenauigkeit gekennzeichnet. Der Grund liegt zum überwiegenden Teil daran, daß Vertrieb und Abrechnung außerhalb der Strukturen der Organisation liegen.
Abgeholt wird gegenwärtig von vielen Genossen für mehrere Zwecke (Stadtverkauf, Privatverkauf, Uni...) und bei verschiedenen Genossen die gerade jeweils Journaldienst machen. Das Resultat sind Stöße von unübersehbaren Listen, die sich nur mehr nach 2 Gesichtspunkten ordnen lassen: Datum des Abholens und Nummer der Zeitung. Das führt dazu, daß wir mit dem ersten Tag, an dem die Zeitung ausgegeben wird, den Überblick verlieren und auch gar nicht mehr bekommen.

Wieviele Zeitungen hat man insgesamt gehabt, wieviele davon fürs Kollektiv, wieviele für den Stadtverkauf, wieviele waren für die Zelle oder die Sektion der Massenorganisation und wer ist jetzt eigenltich verantwortlich für welchen Teil der Zeitungen?

Solche Fragen, und das ist keine Übertreibung, stellen sich oft für viele Genossen vor der "klka"-Abrechnung. Und dementsprechend sieht sie dann aus.

Zur Zeit sind Zeitungen von Ende 74 (!) bis Ende 75 zum Teil noch nicht bezahlt, obwohl ein Teil davon zweimal, ein anderer Teil einmal mittels Erlagschein eingemahnt wurde.
Daß eine Auflage der Zeitung bis Ende des nächsten Monats (also Ende der nächsten Auflage) vollständig bezahlt worden wäre, ist noch nie vorgekommen. Oft werden Zeitungen, die 3 Monate als oder noch älter sind, zurückgebracht.

Bei der gegenwärtigen Regelung gibt es keine Möglichkeit, sich auf die Strukturen in den Organisationen zu stützen, um unsere Außenstände hereinzubekommen. Der Vertrieb und die Abrechnung werden nicht als ATeil der Verbindlichkeiten der Grundeinheiten gesehen, was sehr zum Schaden der Organisation gereicht.

Unsere politischen Aufgaben erfordern eine 14-tägige Herausgabe der Zeitung. Die gegenwärtige Situation würde die Herausgabe einer 14-tägigen Zeitung nicht kontinuierlich möglich machen. Um nämlich unsere Zeitung 14-tägig herausgeben zu können, muß der Geldkreislauf "Vorfinanzierung - Ausgabe - Beazahlung" rasch funktionieren und als Teil der Verantwortlichkeit in die demokratisch zentralistischen Strukturen eingebettet werden.

Außerdem steht die Aufgabe vor uns, die Organisation zu rüsten auf eine funktionierende Ortsgruppe einer nationalen Organisation.

Auf der nationalen Konferenz im Dezember wurde als Gesichtspunkt für die Umkrempelung der einzelnen Zirkeln unter anderem festgehalten:

"Anstrengungen (sind zu machen), zur Förderung des Demokratischen Zentralismus. Unter anderem heißt das, daß die Grundeinheiten in möglichst umfassender Weise Träger der Politik und Orte der Meinungsbildung sein sollen..., daß die Grundeinheiten auch die Träger der politischen Arbeit in der Stadt (Zeitungsverkauf) sein und daß sie auch die Genossen aus den kommunistischen Massenorganisationen dabei anleiten sollen."

Um diesen Aufgaben nachzukommen, sie besser zu erfüllen, ist es nicht nur notwendig die ideologische Offensive zu verstärken, sondern auch notwendig, dafür zu sorgen, daß die Waffen für diese Offensive - unsere Publikationen, insbesondere unsere Zeitung produziert werden können; ist es notwendig, daß der "Klassenkampf" von den Grundeinheiten nicht nur richtig eingesetzt wird, sondern daß er auch den richtigen Weg zu diesem Einsatz nimmt - nämlich daß er im Rahmen der demokratisch-zentralistischen Strukturen besorgt, zum Einsatz gebracht und abgerechnet wird.

DIE NEUORGANISIERUNG

1. Vor allem sollen der ganze Klassenkampfvertrieb und die gesamte Zeitungsabrechnung entlang der Strukturen unserer Organisationen funktionieren. Die Kollektive sind für den Verkauf der Zeitung bei den Betrieben und in ihren Stadtteilen verantwortlich.

D.h., daß das Kollektiv bzw. der Kollektivleiter auch für den gesamten Zeitungseinsatz und eine rasche Abrechnung gegenüber dem Vertrieb verantwortlich sind. Das bedeutet, daß ab der Nr. 3/76 Zeitungen für den Verkauf beim Betrieb, Stadtteil, für den Eigenbedarf der Genossen des KB-Kollektivs und für den Privatverkauf der Genossen des KB-Kollektivs beim Vertrieb direkt ausgegeben werden (an einen Genossen des Kollektivs) und diese Zeitungen keinesfalls zum Verkauf an der Uni, zum Privatverkauf und Eigenbedarf der Genossen der VUV, der MLS und des RSB verwendet werden dürfen. Der Kollektiv-leiter bzw. der Zeitungsverantwortliche des Kollektivs müssen in ihren Aufzeichnungen streng zwischen Eigenbedarf, Privatverkauf, Verkauf beim Betrieb und Stadtverkauf trennen. Die Kollektive müssen daher vor dem Abholen der Zeitung anhand der Verkaufszahlen der vergangenen Monate bzw.Wochen das von ihnen benötigte Kontingent festlegen und das gesamte Kontingent vom Vertrieb besorgen. Dafür ist keine Vorauszahlung zu leisten.

Dieses Kontingent wird dann zweckmäßigerweise an die einzelnen Verkaufsgruppen ausgegeben, die ihrerseits als Einheiten der Massenorganisationen diese vom Kollektiv ausgegebenen Zeitungen nur für den Stadtverkauf oder den Verkauf beim Betrieb verwenden dürfen. Die Verkaufsgruppen sollen an das Kollektiv schon im Voraus zahlen, damit das Kollektiv rasch mit dem Vertrieb abrechnen kann. Ebenso sollte das Kollektiv Zeitungen für den Eigenbedarf der Genossen und den Privatverkauf ihrer Genossen nur gegen Barzahlung ausgeben, da nur so eine den Erfordernissen entsprechende rasche Abrechnung möglich ist.

Es ist einleuchtend, daß wir auf diese Art den Überblick behalten und die Verrechnung enorm beschleunigen. Die Vorauszahlung der einzelnen Verkaufsgruppen ist sicherlich möglich und alle Genossen davon zu überzeugen, wenn wir bedenken, daß

o damit die Kollektive die einzige Gewähr der raschen Weiterverrechnung haben, ohne "Geldeintreiber" spielen zu müssen.
o die Organisation in Hinkunft ohne dieser raschen Verrechnung nicht auskommen kann.
o die Beträge den Genossen ja bekannt sind und sie sich darauf einstellen können, diesen Betrag zu reservieren.

2. Der Verkauf der MLS an der UNI, der Eigenbedarf der MLS-Genossen und der Privatverkauf der MLS-Genossen ist in Hinkunft von der MLS selbst zu organisieren. Der ZA der MLS hat bis spätestens Mitte Februar ein Konzept für die Organisierung des Vertriebs, der Verrechnung innerhalb der MLS auszuarbeiten und der Leitung des KB vorzulegen. Die MLS bekommt in Hinkunft nach Erscheinen der Zeitung ein vom ZA noch festzulegendes Kontingent (Univerkauf, Eigenbedarf, Privatverkauf) und muß dieses gesamte Kontingent sofort bezahlen. Die Verrechnung der Zeitung spielt sich dann nur mehr zwischen den beiden Kassieren ab.

3. Der Privatverkauf, der Verkauf am Arbeitsplatz und der Eigenbedarf der Genossen der VUV ist in Hinkunft von der VUV selbst zu organisieren. Die VUV bekommt wie die MLS beim Erscheinen der Zeitung ein von der VUV-Leitung noch festzulegendes Kontingent und hat dieses ebenfalls sofort zu bezahlen. Auch die VUV-Leitung muß bis Mitte Feb. ein Konzept über den internen Vertrieb und die interene Abrechung ausarbeiten und der KB-Leitung vorlegen.

4. Der Privatverkauf, der Eigenbedarf und der Verkauf vor den Schulen ist vom RSB selbst zu organisieren und bis zur nächsten Zeitung pünktlich mit dem Vertrieb abzurechnen. Eine Vorauszahlung ist bei den wirtschaftlichen Verhätlnissen der Schüler nicht sinnvoll.

5. Nur in dringenden Fällen können Genossen Zeitungen für den Eigenbedarf und den Privatverkauf beim Vertrieb direkt besorgen.

6. Die Zeitungsausgabeund -Abrechnung erfolgt nicht mehr über den Journaldienst.
Erstens läßt das zuviele Fehlerquellen bei den Aufzeichnungen zu und zweitens liegen dadurch notwendig immer Zeitungen frei zugänglich herum. Das führt dazu, daß Genossen, wenn sie dringend Zeitungen brauchen, diese nehmen und einen Zettel schreiben, der natürlich meistens verschwindet. Die Zeitungen sollen in Zukunft vom Zusammenlegen direkt in den Vertrieb gebracht werden, ohne daß während dem Zusammenlegen schon Zeitungen genommen werden, wie es bisher üblichwar.
Die Zeitungsausgabe und -Abrechnung erfolgt nur zu den Öffnungszeiten des Vertriebs.
Dazu wird der Vertrieb außer Mo, Di, Fr auch am Do geöffnet haben (jeweils 1 1/2 Stunden von 18 bis 19.30 Uhr).

27.1.1976 P.F.
Von Ständ. Ausschuß gebilligt

ZUR FRAGE DER ANLEITUNG DER EINHEITEN DER MASSENORGANISATIONEN DURCH UNSERE KOLLEKTIVE IM STADTVERKAUF

In den letzten Wochen sind in unserer organisation und dadurch auch in manchen Einheiten der Massenorganisationen unterschiedliche Auffassungen zur Anleitung der+im Stadtverkauf +Einheiten derMOrganisationen aufgetreten.

Sie alle gehen aus von dem Ziel, den Zeitungsverkauf zu verbessern. Die Diskussionen sind deshalb sehr positiv zu beurteilen. Es werden aber z.T. falsche Auffassungen vertreten.

Am Beispiel des Beschlusses des EUMIG-KOLLEKTIVS vom 25.11.75. und des Beschlusses der SEKTION REGIONALPOLITIK zum Zeitungsverkauf vom 30.11.1975 möchte ich zeigen, wie die Sache falsch angangen wird.
Vorerst ein Blick in den Rechenschaftsbericht: "...Einer der Mängel im Zeitungsverkauf,..., ist die Unterschätzung derBedeutung der ideologischen Arbeit und Unklarheiten über die Aufgaben der Kommunisten überhaupt. Dazu kommt ein niedriges politisches Niveau und der Mangel an konkretnn Kenntnissen bei vielen Genossen, was dazu führt, daß sie sich oft schwer tun in der Agitation und Mißerfolge erleiden.
Ein anderer entscheidender Grund ist die Art und Weise, wie gegenwärtig der Zeitungsverkauf organisiert ist...., daß es kein Dauerzustand sein,kann, den Zeitungsverkauf außerhalb der demokratisch zentralistischen Strukturen, wowohl des KB- als auch der Massenorganisationen zu organisieren. Die Verkaufsgruppen können nicht angeleitet werden; die Erfahrungen, die gesammelt werden, können nicht organisiert verarbeitet werden; die Arbeit in den Zellen, wo die Genossen organisiert sind und der Zeitungsverkauf werden auseinandergerissen usw. uf. (Ergebnisse der 1.DK, Seite 74 ff).

Mit dem Beschluß "Zur Umgestaltung des Zeitungsverkaufs" (RS 16 vom 24.3.1975) haben wir entsprechend den Beschlüssen auf der DK den Zeitungsverkauf umorganisiert und in den demokratisch-zentralistischen Strukturen sowohl des KB als auch der Massenorganisationen eingebaut. Den Kollektiven wurde die Verantwortlichkeit für den Verkauf der Zeitungen übertragen. Zum Verkauf wurden ihnen die Zellen und Sektionen der Massenorganisationen zugeteilt.

Die direkte Anleitung besonders der Genossen mancher Einheiten der Massenorganisationen beim Stadtverkauf wurde von den Kollektiven nach und nach so ausgebaut, daß sich vielfach fast der gesamte politische Meinungsbildungsprozeß aus den Grundeinheiten der Massenorganisationen herausverlagerte und in den Zeitungsverkaufssitzungen stattfand. Damit wurde versucht, die bereits im Rechenschaftsbericht festgestellten ideologischen Mängel und die politischen Schwierigkeiten der Genossen zu beheben, die sich nach wie vor als einer der Gründe der geringen Beteiligung im Stadtverkauf erwiesen haben.
Die Maßnahmen, die von einigen Kollektiven getroffen wurden und werden sind z.T. durch ein Mißverhältnis zwischen ideologischem Aufbau und Organisierung (Anleitung) des Verkaufs geprägt. Auf die ideologische und politische Festigung der VUV und der MLS als Organisationen im Rahmen ihrer demokratisch-zentralistischen Strukturen wird dabei geringe Rücksicht genommen.

Von manchen Kollektiven wird bei den Verkaufssitzungen beinahe jede wichtige Frage behandelt, bei manchen werden Zeitungsartikel einfach nacherzählt oder die Zeitung diskutiert.

Ein Beispiel - und zwar das einzige bisher schrifliche festgelegte - für eine falsche Auffassung der Verbindung unserer Kollektive zu den Einheiten der Massenorganisationen sind der Beschluß der SEKTION REGIONLAPOLITIK und des EUMIG-KOLLEKTIVS.

Im Beschluß des EUMIG-KOLLEKTIVS zur Anleitung des Stadtverkaufs heißt es: "Wie funktioniert nun die Verbindung zwischen Verkaufsgruppe und Aufbauzelle? Wir meinen, daß es gegenwärtig richtig ist, daß jeweils ein oder auch zwei der Genossen der AZ für je eine Region und die dazugehörige Verkaufsgruppe verantwortlich sind und in der Regel dort auch selbst verkaufen. Damit ist eine feste Verbindung hergestellt, Beschlüsse der AZ können rasch in die Verkaufsgruppe gelangen und Erfahrungen der Verkaufsgruppe rasch ins Kollektiv. Weiters ist es unbedingt erforderlich, daß jede Verkaufsgruppe (als Grundeinheit einer Massenorganisation) einen Verantwortlichen für den Verkauf bestimmt. Diese Verantwortlichen sind nicht nur notwendig zur organisatorischen Bewältigung des Verkaufs, sondern sie sollen auch die Beschlüsse der AZ in die Sektionen hineintragen - gemeinsam mit den jeweiligen AZ-Verantwortlichen oder auch alleine."

Der Kern dieser Sache ist, daß das Kollektiv es für "unbedingt erforderlich" hält, "daß jede Verkaufsgruppe (Grundeinheit der Massenorg.) von ihrer Seite einen Verantwortlichen für den Verkauf bestimmt". Die Aufgaben dieses Verantwortlichen sind die "organisatorische Bewältigung des Verkaufs" und das "Hineintragen der Beschlüsse der AZ in die Sektion".

Diese Vorstellungen des EUMIG-KOLLEKTIVS finden sich wieder im Beschluß der SEKTION-REGIONALPOLITIK, wo es heißt:
"Das Eumig-Kollektiv hat Schritte zur verbeseerten Anleitung des Stadtverkaufs jesetzt, sowohl in der Frage des inhaltlichen Auftretens als auch in der Frage der Organisierung und der operativen Anleitung.
Der Stadtverkauf ist wie alles in der Politik der Kommunisten eine Kampfaufgabe, und zwar für jeden Genossen. Der Schritt des Eumig-Kollektivs in Richtung Herstellung der Verbindung zu den Volksmassen in einem Stadtteil ist etwas Gutes und Notwendiges. Er zeigt, worauf wir Kommunisten hinarbeiten müssen, was unser Agitationsziel ist: die Verbindung der Kommunisten mit den Volksmassen. Dies ist eine schwiereige Aufgabe, die es jetzt anzupacken gilt. Sie ist+mit organisatorischen Schritten,+nicht wie mit dem Aufhängen von Wandzeitungen u.ä, so sehr das gut und wichtig ist, zu bewältigen. Wir werden diese vom Kollektiv gestellte Aufgabe nur erfüllen können, wenn wir in der Sektion einiges umkrempeln. Dabei spielt die Sektionsleitung und der Stadtverkaufsverantwortliche eine entscheidende Rolle.

Zur Sektionsleitung: Sie muß den ersten und entschiedensten Schritt setzen. Es fehlt zur Zeit seitens der S-Leitung eine politische Anleitung der Sektion, d.h. es mangelt der Sektion daran, daß sie klaren Überblick über die Klassenkampfsituation hat, wie sie in der Zeitung des KB, den Richtlinien und Beschlüssen des KB, den bürgerlichen Zeitungen usw. zum Ausdruck kommt,

es mangelt daran, daß sie wichtige fragen des nationalen und internationalen Klassenkampfes unter Berücksichtigung der konkreten Unklarheiten, die es diesbezüglich in der Sektion gibt, in die Sektion planmäßig hin-einträgt. Planmäßig, d.h.daß rechtzeitig die eine oder andere Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird, die Genossen davon verständigt, ausreichende Zusatzliteratur angegeben wird und selbst über vorbereitete Positionen verfügt.
Insbesondere ist es Sache der Sektionsleitung, sich einen Überblick über die ideologischen und politischen Schwierigkeiten der einzelnen Genossen zu verschaffen und diese (auch nötigenfalls durch Einzelgespräche) zu beheben.
Die S-Leitung muß feststellen, bei welchen Fragen die größten politischen Schwächen im Verkauf auftreten, damit sie die Behandlung dieser Fragen in den Arbeitsplan der Sektion einbeziehen kann, selbstverständlich erscheint es, daß die S-Leitung die regelmäßige Klassenkampfdiskussion gewährleistet, und sich über das Wie Klarheit verschafft.

Der 2.Hebel liegt bei der <u>Verantwortlichkeit für den Stadtverkauf</u>.

Beim Stadtverkauf handelt es isch um eine der drei Hauptaufgaben der VUV. Es ist sinnvill, daß dafür ein Genosse, der nicht in der S-Leitung ist, die Anleitung übernimmt. Er muß ein Bindeglied in der Anleitung der Sektion durch das Kollektiv sein. So ist eer dem Kollektiv rechenschaftspflichtig über Verantwortlichkeit der Vorbereitung, Durchführung und Zusammenfassung der Erfahrungen der Massenarbeit. Er hat die Beschlüsse des Kollektivs in die Sektion hineinzutragen, sofern es das Kollektiv bei VG-Sitzungen nicht selbst macht, und deren verbindliche Durchführung zu gewährleisten.

Er muß in der Sektion darauf achten, daß die politischen Voraussetzungen für die Massenarbeit von Mal zu Mal vorhanden sind, bzw. hergestellt werden. So hat er einerseits darauf zu achten, daß Diskussionen zu Fragen des Klassenkampfs von der S-Leitung entsprechend dem Plan des Kollktivs durchgeführt werden, und zwar so, daß sich die Diskussionen nicht von den Erfordernissen in der Massenarbeit wegbewegen. Andererseits muß er durchsetzen, daß unverhergesehen auftauchende Fragen aus der Massenarbeit sofort in der Sektion behandelt werden. Notwendig dafür ist, daß er einen engen Kontakt zur S-Leitung hat, diese über die Schwächen und Schwierigkeiten der Genossen beim Verkauf unterrichtet und es der S-Leitung ermöglicht, sich auch in diesem Bereich einen Überblick zu verschaffen.
Sind diese politischen und organisatorischen Voraussetzungen gegeben, so werden wir bei Anstrengung aller Genossen, die uns gestellten Aufgaben bewältigen können."

An dem Beschluß der SEKTION REGIONALPOLITIK ist vieles richtig, z.B. daß die "S-Leitung die politischer Schwächen im Verkauf feststellen" und die "Klassenkampfdiskussion gewährleisten" muß. Das kann sie aber nur, wenn sie den Zeitungsverkauf im Rahmen ihrer Sektion organisiert und auswertet. Dem Widerspricht aber der Gedanke des nächsten Absatzes im Beschluß und macht ersteres unmälich.

Positiv soll noch einmal herausgestrichen werden, daß die Genossen entschieden gewillt sind, den Zeitungsverkauf und die

damit verbundene Agit-Prop jedes einzelnen Genossen in der Stadt zu verbessern. Dazu muß - wie auch schon im Rechenschaftsbericht b festgehalten - der ideologische Aufbau entschieden betrieben und alle Genossen zu möglichst allseitigen Agitatoren und Propagandisten ausgebildet werden. Diese Ausbildung hat aber in den einzelnen Organisationen entlang deren demokratisch zentralistischen Strukturen zu erfolgen. Die Sektion Regionalpolitik stellt richtig fest, daß "es sich beim Stadtverkauf um eine der Hauptaufgaben der VUV handelt."
Daher ist es gerade nicht sinnvoll, daß die Verkaufsverantwortlichkeit aus der S-Leitung herausgerissen wird. Vielmehr ist die S-Leitung für die Erfüllung aller Aufgaben der Sektion verantwortlich. Es ist selbstverständlich auch Aufgabe der S-Leitung, darauf zu achten, "daß die politischen Voraussetzungen für die Massenarbeit von Mal zu Mal vorhanden sind, bzw. hergestellt werden."
Die Einrichtung eines Verkaufsverantwortlichen stellt die organisatorische Zementierung der Trennung des Zeitungsverkaufs von den übrigen Aufgaben der Einheiten der Massenorganisationen dar. Dieser Fehler des Auseinanderreissens der Aufgaben wird bereits im Rechenschaftsbericht kritisiert und in diesem Zusammenhang auf die demokratisch zentralistischen Strukturen verwiesen. Vielmehrrichtig ist, daß wir alles daran setzen - über die Leitung der VUV, über die KB-Zelle in der VUV, über die Zeitung usw. -, daß der ideologische und politische Aufbau der VUV vorangeht. Diesem Gesichtspunkt müssen die organisatorischen Schritte untergeordnet sein.

Ein eigener Verkaufsverantwortlicher mit den beschriebenen Aufgaben ist ein Hindernis für die Einheiten der VUV, die demokratisch-zentralistischen Strukturen und den Meinungsbildungs-prozeß innerhalb der Sektion zu verbessern.

Der KB hat als Organisation ein Interesse daran, daß die VUV als Organisaton zu einer guten kommunistischen Massenorganisation wird. Alle Genossen der VUV sollten in ihrer Organisation zu allseitigen Agitatoren und Propagandisten ausgebildet werden. Unsere Kollektive sollten immer bedenken, daß sie es bei den ihnen zum Stadtverkauf zugeteilten Einheiten der Massenorganisationen mit Grundeinheiten anderer Organisationen zu tun haben. Dementsprechend müssen auch die Beziehungen zu ihnen gestaltet werden.

Es ist kein Geheimnis, daß in den Massenorganisationen Mängel bestehen, Diese Mängel können aber nur durch die Stärkung der Meinungsbidlung und die Stärkung der Strukturen der Massenorganisationen behoben werden. Manchen Genossen geht das scheinbar zu langsam und so sind sie geneigt, sich in ihrem Bereich eine Elite-gruppe für bestimmte Aufgaben des Kollektivs heranzuziehen, unabhängig von den Auswirkungen auf die Massenorganisationen.
Aus diesen Gründen halten wir die beiden Beschlüsse für falsch and die Genossen sollten sie zurücknehmen.

Wie sollte das Verhältnis bzw. die Verbindung unserer Kollektive zu den Einheiten der Massenorg. im Stadtverkauf aussehen?

Der entscheidende Gedanke ist sicherlich, daß die Kollektive ihre Aufgaben im Hinblick auf den Stadtverkauf voll wahrnehmen, ohne die Entw icklung der Massenorganisationen im oben skizier-

ten Sinn zu behindern.
Die Aufgaben des Kollektivs sind die gesamte Organisierung im weitesten Sinn des Wortes und die Zentralisierung der Ergebnisse und Erfahrungen des Stadtverkaufs.

Was die Organisierung durch die Kollektive anlangt, verstehe ich darunter die Festlegung der Schwerpunkte bei der Agitation auf dem jeweiligen VErkaufsplatz, die inhaltliche Vorbereitung des Agit-Prop-Materials wie Ständer etc., die Festlegung der Verkaufsplätze und der Verkaufstermine sowie die Kontrolle der Durchführung des gesamten Verkaus in der dem Kollektiv zugeteiltem Region.

Z.B. gehört es zur Aufgabe des Kollektivs, das Auftreten einer Verkaufsgruppe zu organisieren, wenn ein bürgerlicher Politiker auf dem Verkaufsplatz auftritt, wie das bei den NR-Wahlen der Fall war. Hier muß der Schwerpunkt des Angriffs, die Taktik usw. vom Kollektiv festgelegt werden.

Dementsprechend müssen die Einheiten der Massenorganisationen angeleitet werden, damit die Festlegungndes Kollektivs von allen Genossen im Stadtverkauf in die Tat umgesetzt werden können.

Dazu müssen natürlich die Kollektive mit den S- bzw.Zellenleitungen eine Verkaufssitzung abhalten, damit die Einheiten der Massenorganisationen von ihren Leitungsorganen entsprechend den Festlegungen der Kollektive organisiert werden können. Gegenwärtig ist es z.T. so, daß es aufgrund der sich erst herausbildenden Leitungsstrukturen in den Massenorganisationen zweckmäßig sein kann,diese Verkaufssitzungen plenar abzuhalten. Eine solche Lösung ist aber eine Zwischenläsung, denn anzustreben ist die Anlëitung über die S- bzw.Zellenleitungen.

Bei der Anleitung müssen wir auch immer vor Augen haben, daß es sich um die Anleitung der Arbeit unter den Massen handelt. Dabei kann es aufgrund aktueller Entwicklungen notwendig sein, rasch eine bestimmte Ausrichtung in die Massenorganisationen hineinzutragen, weil es beim nächsten Verkauf in der Agit. schon berücksichtigt sein muß, ein Hineintragen über die normalen Strukturen zeitlich aber gar nicht mehr möglich ist.
So war es sicherlich z.T. bei der Lohnrunde der Metall- und Bergarbeiter, wo rasch eine neue Taktik eingeschlagen und in die Massen getragen werden mußte. In einem solchen Fall ist es durchaus zweckmäßig, wenn entweder ein Genosse des KB-Kollektivs in die Grundeinheit der Massenorganisation geht oder das Kollektiv eine Verkaufssitzung abhält, um ein richtiges politisches Auftreten der Genossen im Stadtverkauf zu gewährleisten. Solche Fälle sind sicherlich ausnahmefälle. Wo sie zur Regel werden, ist der am Anfang kritisierte Fehler kaum überwunden.

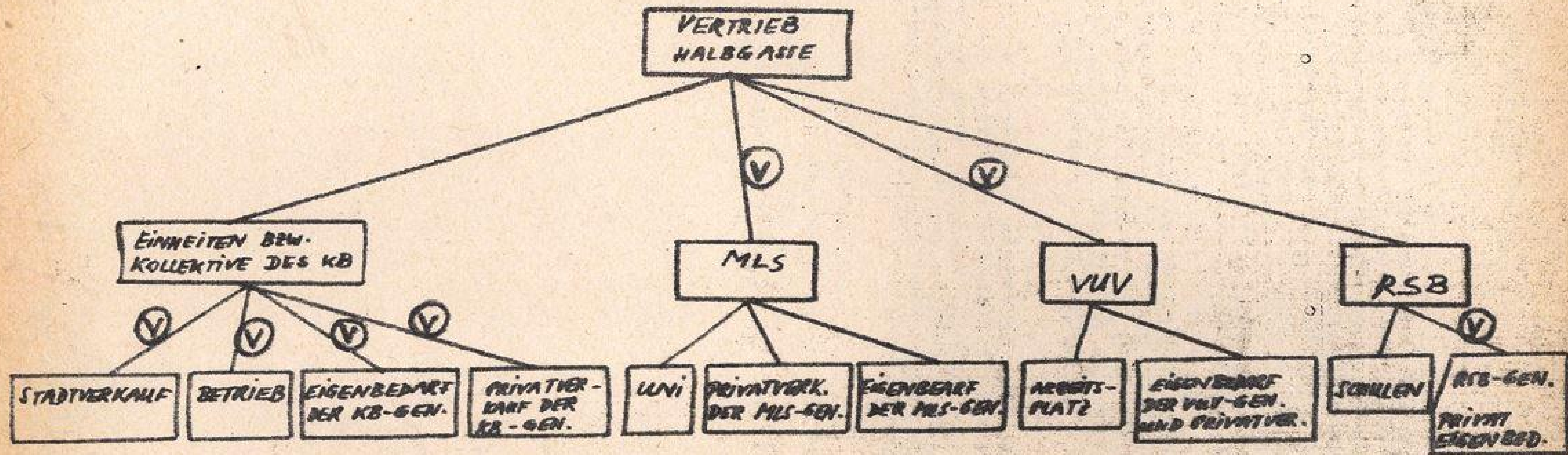
Wenn in bestimmten Regionen besondere Fragen von Bedeutung sind, z.B. in Ottakring die Assanierung, im 20.Bezirk die Stadtautobahn usw., dann ist es notwendig, daß das KB-Kollektiv der Grundeinheit der Massenorganisation zu dieser Frage die politische Linie erklärt und dort auch durchsetzt, damit beim Verkauf jeder Genosse auch dazu richtig politisch auftreten und den Massen gute Antworten auf ihre Fragen geben kann. In einem solchen Fall ist es ebenfalls eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob dies in einer Verkaufssitzung geschieht oder ob ein Genosse des Kollektivs in die Grundeinheit der Massenorganisation geht.

Was die Zentralisierung anlangt, so liegt es im Interesse der Kollektive bzw. des KB (Leitung, Zeitung) und im Interesse der Grundeinheiten der M-organisationen, bzw. der M-organisationen selbst, die in der Arbeit unter den Massen in der Stadt gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen rasch zu zentralisieren. Die nach dem Verkauf abgefaßten Protokolle (für die Protokolle sollten die Kollektive Richtlinien ausarbeiten, damit einheitliche Protokolle zustande kommen) sollten einerseits die Sektions- bzw.Zellenleitungen und andererseits die Kollektive sofort nach dem Verkauf bekommen. Dafür verantwortlich sind die Sektions- bzw-Zellenleitungen. Ausgewertet müssen die Protokolle sowohl von den Grundeinheiten der M-organisationen wie von den Kollektiven werden. Dabei ist es sicherlich auch zweckmäßig, wenn die Kollektive den Grundeinheiten der M-organisationen an Hand der Erfahrungen bei der Agit. in der Stadt empfehlen, diese oder jene politische oder ideologische Frage nochmals in der Einheit zu diskutieren.

Wichtig ist es, daß jedes Kollektiv, in seinen Berichten an die Leitung den Zeitungsverkauf behandelt. Ein-mal natürlich die gewonnenen Erfahrungen in der Massenarbeit, wie aber auch die politischen Probleme, mit denen die Genossen der M-organisationen am meisten zu raufen haben. Dementsprechend kann die KB-Leitung in die Massenorganisationen hineinwirken.

26.1.1976 P.F.

Vom Ständ.Ausschuß am 27.1.76.gebilligt. einstimmig.



(V) VORAUSZAHLUNG

WAS WAREN DIE DIFFERENZEN AUF DER WIENER KONFERENZ UND WIE SIND SIE ANGESICHTS DER ENTWICKLUNG SEITHER EINZUSCHÄTZEN

Auf der Konferenz vom 6./7./8.12.1975 in Wien ist es im ersten Tagesordnungspunkt (Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung; bisherige Entwicklung der Vereinheitlichungsbemühungen; u.a.) zu längeren Diskussionen und zum Teil recht heftigen Auseinandersetzungen gekommen, vor allem zwischen den Delegationen des KB Wien und des KB Salzburg/Hallein. Dennoch konnte die Konferenz erfolgreich beendet werden, wie anhand des Protokolls ersichtlich ist, das die Zustimmung aller Delegationen fand.
Da zu einzelnen Punkten der Diskussion jedoch nicht vollständige Übereinstimmung und Klärung erzielt werden konnte und eine von der Delegation des KB Salzburg/Hallein abgegebene Erklärung als Ergänzung zur Resolution 2 ins Protokoll aufzunehmen abgelehnt wurde, soll die Debatte durch Veröffentlichung im Leitungsrundschreiben einem möglichst großen Kreis von Genossen der an der Konferenz beteiligten Organisationen zugänglich gemacht und ihrem Urteil ausgesetzt werden.
Die Absicht ist dabei nicht, Beschlüsse und Ausrichtung der Konferenz im nachhinein in Frage zu stellen, sondern im Gegenteil die getroffenen Festlegungen zu vertiefen.
Einleitend die Stellungnahme von J.R., die im Namen der Salzburger Leitung am Beginn des TO-Punktes 1 verlesen wurde und bereits auf viele Fragen der nachfolgenden Diskussion eingeht:

STELLUNGNAHME AUF DER WIENER DEZEMBER-KONFERENZ ZUR VEREINHEITLICHUNG

Wir begrüßen die heutige Konferenz und wir begrüßen, daß die Vertreter der sechs kommunistischen Organisationen nicht nur zusammengekommen sind, um eine Lagebesprechung zu machen, sondern daß wir ganz bestimmte Festlegungen treffen wollen, um die Bedingungen für die Gründung einer gesamtösterreichischen kommunistischen Organisation zu schaffen.
Seit über einem Jahr führen wir diese Absicht im Munde; es muß uns heute einen kurzen und kritischen Rückblick wert sein, wenn er uns deutlicher macht die Hauptursachen für die zähen Fortschritte bei der Vereinheitlichung bisher und was infolge dessen in nächster Zeit besonders zu beachten ist.

Es soll angeknüpft werden an den Bericht von Genossen W.L., abgedruckt im Wr.RS 39. Zu dem vorangegangenen Artikel im Kommunist 1/75 haben wir schon eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, die als bekannt vorausgesetzt wird. (Diese Antwort auf den Kommunist-Artikel "Verstärken wir den Kampf um die Einheit" mit dem Titel " Kein Zirkelgespann, eine einheitliche und schlagkräftige Organisation ist nötig" von L.H./J.R. wurde am 24.10.75 herausgegeben und ist in einigen Exemplaren bei allen Leitungen der KB's vorhanden und nachzulesen.)

Das "Auseinanderrücken" von VRA und KB's wird auf die entscheidenden inhaltlichen Streitpunkte hin zuwenig belegt. Das ist aber im Vergleich zur Entwicklung der Beziehungen mit der VRA das weitaus Wichtigere.
Wenn man sich nur den Pkt. 5. des Berichts über die Salzburger Beratung hernimmt, hat man einen guten Bezugspunkt. Zu den damals aufgezählten Fragen haben sich durchwegs bestimmte Positionen gebildet, es ist aber meistens zu keiner sehr intensiven Abklärung gekommen. So etwa in der Frage der Unabhängigkeit Österreich, die im Zusammenhang mit der Kriegsgefahrresolution auf der Linzer Konferenz, und schon früher anläßlich VRA-Transparenten "Für die Unabhängigkeit Österreichs von den beiden Supermächten" (1.Mai 75) zur Sprache kam, aber von unserer Seite noch immer nicht fundiert abgehandelt worden ist.
Über die Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften gibt es seit langem eine schwelende Auseinandersetzung, die vor allem mangels unserer Praxis im gewerkschaftlichen Kampf nie richtig aufgebrochen ist. Dennoch hat die VRA in der Juni-Volksmacht diese Differenzen entgegen ihren frü-

heren Verlautbarungen nicht mehr als lösbare, sondern als grundsätzliche Differenzen bezeichnet.

"Das heißt nichts anderes, als das es ohne Klarung in diesem Punkt auch insgesamt keine Einigung geben kann, denn es geht um einen der wesentlichlichsten Abschnitte unserer Massenarbeit" (aus: 'Vorschlag...' der Ltg des KB Sbg/Ha. von Anfang Juli). Zur "Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den kleinen Bauern" war der im KOMMUNIST veröffentlichte Beitrag ein guter Schritt zur Vertiefung der Debatte und Festigung unseres Standpunktes.

Schließlich ist bezüglich der Haltung gegenüber der Slovenischen Minderheit in Kärnten und zur aktuellen politischen Vorgangsweise kürzlich eine Stellungnahme aus Klagenfurt eingetroffen, auf die es bisher nicht nur von der VRA noch keine Antwort gibt,

Es heißt (auf S.5 des RS 39), daß der KB Wien "die VRA manchmal schematisch wie einen KB behandelt.. und falche Ansprüche an sie herangetragen"habe. Das müßten die Wr.Genossen genauer erklären. Ebenso wie das Aufeinanderrücken von KB's und VRA in letzter Zeit von uns nicht unmittelbar verfolgt werden kann.
Wir haben jedenfalls auf die vergangenen Monate hin gesehen den Eindruck, daß der KB Wien meist nur mehr die Auseinandersetzung mit der VRA gesehen hat und dabei - bewußt oder unbewußt - die anderen KB's sehr häufig als 'stillschweigende Anhängsel' betrachtete.
Offensichtlich in Anspielung auf die Wahlkampfkonferenzen wendet sich ein Artikel in der neuesten 'Volksmacht' (Nr.1o8) gegen jeden Versuch, "irgendwelche 'Theorien' der genauen Untersuchung zu entziehen und von der Diskussion auszuklammern, sie im Zeichen einer 'Einheit' aber faktisch der Bewegung aufzuzwingen." Das ist zwar ein überspitzter. aber nicht zufällig entstandener und nicht ganz unzutreffender Eindruck vom Verlauf der beiden Konferenzen über längere Strecken hinweg.
Von dieser Kritik ist die VRA nicht ausgenommen.
Wir aber müssen uns insbesondere auch überlegen, welches Verhältnis zwischen dem KB Wien und den anderen KB's geherrscht hat und was es daraus zu lernen gibt: Es war - auf diesen Konferenzen nur deutlicher spürbar - ein Verhältnis der stillschweigenden, aber nicht gut fundierten Übereinstimmung, was vom KB Wien durch das Drängen auf die verschiedenen Erklärungen und Resolutionen noch bestärkt wurde, während die Vertreter der anderen KB's sich oft allzuleicht dem unterwarfen, oft ohne erkennbaren Versuch, sich eine eigenständige Meinung zu bilden, oft in leichtfertiger Übernahme von Positionen des KB Wien. Das gilt natürlich besonders für die Entwicklung der politischen Linie, kam aber auch sehr deutlich im Meinungsstreit um die richtige Vorgangsweise in der Vereinheitlichung selbst zum Ausdruck.
Wir haben uns bishin zum jüngsten Wr. Vorschlag zur Programmausarbeitung gegen die Tendenz gewandt, "die anderen KB's als Anhängsel des KB Wien oder dann der Ausrichtung unserer beiden Leitungen zu behandeln" (Antwortbrief auf die Einladung des KB Wien, 24.11.).
Diese Haltung war aber im RS 39 noch sehr stark anzutreffen, wenn es heißt, daß der Zusammenschluß der KB's "so schnell als möglich über die Bühne zu bringen" sei, während der erste Schritt daraufhin von den Leitungen zweier KB's gesetzt werden sollte.
Das ganze RS 39 ist durchzogen von der Gegenüberstellung VRA und KB Wien, am Rande werden - nicht zum erstenmal in dieser Form - noch unbekannte 'Salzburger Äußerungen' erwähnt. Über die bisherige Abwicklung und heutige Bedingungen des Meinungskampfes auch unter den KB's wird nichts Genaueres gesagt.

Hinsichtlich des Verhältnisses gegenüber der VRA wurde andererseits die direkte und ständige Auseinandersetzung mit der Politik dieser Or-

ganisation in Wien scheinbar nicht sehr gut geführt und noch weniger gut Dokumentiert. Wir haben das mehrmals kritisiert und konkret z.B. Aufklärung über die Auseinandersetzungen für die Losungen zur heurigen Mai-Demonstration in Wien gefordert. Ebenso im Dunkeln geblieben ist für uns bis heute etwa der Verlauf der gemeinsame MV mit der VRA.
Für den im großen und ganzen auch nach der Salzburger Beratung nicht gut in Gang gekommenen politisch-idiologischen Kampf speziell mit der VRA trägt in erster Linie der KB Wien die Verantwortung.
Demgegüber ist die Bemerkung (in Pkt. 7. des RS 39) völlig zweitrangig, die da heißt, "es ist nicht so, daß die Auseinanderentwicklung von KB's und VRA hauptsächlich auf Fehler zurückgeht" - gemeint sind offenbar Fehler in der Art und Weise, wie die Auseinandersetzung geführt wurde "und ihre negativen Seiten vermeidbar gewesen wären."
Darum kann es natürlich nicht gehen. Aber daß diese Auseinanderentwicklung gut dokumentiert, durch gründliche Aussagen beider Seiten zu allen wichtigen Fragen erhärtet wäre, daß können wir heute nicht sagen - darum aber sollten wir uns bemühen.
Wenn W.L. die Hauptverantwortung des KB Wien für den Verlauf der Auseinandersetzungen mit der VRA nicht offen eingesteht, aber (wie im Pkt. 5 des RS 39) hervorstreicht, daß der KB Wien den Gedanken der Notwendigkeit einer Einheit aller marxistisch-leninistischen Kräfte im Laufe eines Jahres "durchgekämpft" habe, so ist das ein sehr einseitiger Rückblick, ein oberflächlicher Rückblick, dessen Konsequenzen auf eine gefährliche Leichtfertigkeit in der politisch-idiologischen Konfrontation mit den anderen m.l. Gruppen hinauslaufen können.
Es heißt (S.7.): "Unter den heute gegebenen Bedingungen braucht man - anders als noch vor einem Jahr - aber auch keine Angst haben, daß ein Zusammenschluß eines Teils der Bewegung die Spaltung der Bewegung vertiefen würde."
Inwiefern unterscheiden sich nun die Bedingungen von heute gegenüber denen vor einem Jahr?
Erstens dadurch, daß die KB's (lt. Hauptausage des RS 39) einen Zusammenschluß ihrer Organisationen heute nicht mehr als 'Selbstzweck' behandeln und die anderen Organisationen links liegen lassen würden.
Soweit es um die entsprechende Sichtweise oder Einstellung geht, haben wir diese allerdings nicht erst im Papier vom 24.1o.75 entwickelt.
In einem Leitungsrundschreiben des KB Salzb./Hallein vom 24.9.1974 wurde in <u>Ergänzung</u> zu den damaligen Wr. Thesen geschrieben: "Anders" (als gegenüber den Trotzkisten) "müssen wir uns gegenüber MLÖ und VRAÖ verhalten, die sich ja als marxistisch-leninistische Organisationen bezeichnen, und wo man sich mit ihren Positionen offen auseinandersetzen muß, um sie bzw. ihre Mitglieder für einen Kampf auf gemeinsamer Grundlage zu gewinnen.
Im Unterschied zu Wien sind uns diese beide Organisationen bei unserer praktischen Arbeit überhaupt nie entgegengetreten, es sind Wr. Zirkel mit geringer Ausstrahlung in die Bundesländer. ... Die besten Voraussetzungen für eine fruchtbare Auseinandersetzung bestehen unter den vorhandenen KB's, was sich besonders durch fallweise Diskussion und Übereinstimmung in taktischen Fragen, durch gemeinsame Erklärungen zu wichtigen Anlässen und (soweit feststellbar) durch gleiche Auffassungen in vielen Grundsatzfragen gezeigt hat. Alle möglicherweise tieferliegenden Differenzen müssen im anstehenden umfassenden Meinungskampf auf's Tapet kommen. Dann wird sich zeigen, auf welcher Grundlage und mit wem der Zusammenschluß möglich ist."
In diesem Sinne wird auch in <u>allen</u> unseren nachfolgenden Stellungnahmen argumentiert, ausdrücklich auch auf unserem Vorschlag zur gemeinsamen Programmausarbeitung hin (im Papier vom 15.8.): "Welche Gruppen im Parteiaufbau eine vorwärt strebende Rolle spielen und berücksichtigt werden müssen, darf nicht von vornherein auf jene eingeschränkt werden, die

sich im Zuge der jetzigen Vereinheitlichungsbestrebungen zusammenschließen". Das galt vor 4 Monaten und angesichts der angestrebten Festlegungen auf dieser Konferenz erst recht. Es ist effektiv unverständlich, worauf die Mutmaßungen von Wr. Genossen im speziellen uns gegenüber hinauslaufen. Die schwarz auf weiß nachlesbaren früheren Aussagen von uns gewährleisten doch, daß es sich nicht um "Mißverständnisse" handelt.

Freilich sind die Bedingungen für den Zusammenschluß eines Teils der kommunistischen Bewegung heute anders als vor einem Jahr: Es wurde tatsächlich Zusammenarbeit angestrebt und es wurden - für uns vor allem bei den verschiedenen Konferenzen, die die einzige Möglichkeit persönlicher Kontaktnahme mit Genossen der VRA darstellten - so manche Differenzen deutlicher. In der Hinsicht waren die Erfahrungen im Zuge der beiden Wahlkonferenzen vor allem zur Bewußtmachung dieses Umstandes förderlich. Dazu hatten wir Anfang Juli in unserem "Vorschlag .." die Meinung vertreten: "Möglich, aber nicht richtig und unverantwortlich gegenüber der gesamten Bewegung sowie Angesichts der ständig wachsenden Aufgaben, die vor dem Kommunisten stehen, wäre es, mit der Ausarbeitung des Programms zu warten, bis die Auseinandersetzung zwischen den Gruppen mehr Schwung bekommt".
Unseren Vorschlag haben wir damit begründet, daß die VRA eine grundverschiedene Haltung zur Arbeit in den Gewerkschaften einnimmt, und das jedenfalls ein wesentlicher Grund ist, weshalb vorderhand nicht an einen Zusammenschluß mit ihr gedacht werden könne.
Was die darauffolgenden Wahlkonferenzen anbelangt, so sind noch mehrere Streitpunkte zur Sprache gekommen (Haltung zu Wahlen in bürgerliche Parlamente; Kampf gegen Krisenfolgen und für gesetzlichen Arbeiterschutz; Einschätzung der Kriegsgefahr, der gesamten internationalen Lage und der Frage der Unabhängigkeit Österreichs; am Rande auch noch: zu demokratischen Forderungen wie Abschaffung aller indirekten Steuern oder zur Volkskontrolle über Schulangelegenheiten).
Zu allen diesen S rei punkten hat es wenig öffentliche Auseinandersetzungen gegeben und meist war sie nach außen hin nur begrenzt aufschlußreich (Haltung zu Wahlen) oder nicht sehr weitgehend (internationale Lage u.ä.).

Man muß sich ernsthaft fragen, inwiefern unser Vorschlag vor 5 Monaten " den Kampf um die Einheit der kommunistischen Bewegung in Österreich nur schaden könnte", wie in der Erklärung der Ltg. des KB Wien (am 23.7.) betont wurde, und was sich tatsächlich so Entscheidendes verändert, geklärt hat seither, daß wir auf dieser Konferenz die damals geforderten Festlegungen treffen können.
Die Beantwortung dieser Frage hat Folgen für die Aufgaben, die wir uns für die weitere Auseinandersetzung und im Rahmen des weiteren Parteiaufbaus zu erfüllen vornehmen. Trotz einer Überbewertung dessen, was die Wahlkonferenzen tatsächlich an dokumentierter Differenzierung einerseits und fortschreitender Zusammenarbeit der KB's andererseits gebracht haben (vgl. Wahlauswertungskonferenz und dort nachträglich erkannter Nutzen der Beschlüsse), werden im selben "Bericht an die Ltg." von Gen. W.L. die notwendigen, richtigen Schlußfolgerungen gezogen und im speziellen betont, das MLPÖ und VRAÖ mit steigender Fundierung unserer Standpunkte und mit Erhärtung durch die Praxis des Klassenkampfs auch zu Stellungnahmen dazu bewogen werden wollen, was sowohl vor als auch nach der Gründung der angestrebten nationalen Organisation wichtig ist.
Wir halten es unbedingt für nötig, daß nicht nur durch Einrichtung einer Programmkomission der politischen Auseinandersetzung und dem ideologischen Parteiaufbau tatsächlich der Vorrang eingeräumt wird, was wir für unseren Teil bisher mehr betont als verwirklicht haben.
Das muß die erste Schlußfolgerung aus der Analyse der Ursache

für die Schwierigkeiten sein, die sich bisher dem Zusammenschluß möglichst großer Teile der kommunistischen Bewegung in den Weg stellten, und weshalb bisher im Vordergrund standen die Vorschläge für die nächsten Schritte und den gesamten Weg zur Vereinheitlichung. Das war doch das Charakteristische, Hervorstechende an der bisherigen Debatte (Ende 74: rasch Programm ausarbeiten, wer dazu breit ist; Anfang 75: Kurs auf Auseinandersetzung unter allen Gruppen; März 75 Wien: Bezugspunkt für ideologischen Debatte schaffen; Juli 75: Salzburger Vorschlag zur Programmausarbeitung durch KB's; Wr. Antwort: Hauptfehler ist Programmfixiertheit; Kommunist-Artikel: möglichst schnell möglichst große Teile zusammenschließen- Einheit aller im Auge haben;...).
Die Ursache für die Mühselige Debatte und geringen Fortschritte im ideologischen Parteiaufbau und der praktischen Vereinheitlichung bisher liegt wohl zutiefst und zuallererst in der oft genug angeführten theoretischen Schwäche der jungen kommunistischen Bewegung und dem Gegenstück dazu, einem ständig wild auflebenden Praktizismus. Das hat einzelne Zirkel in die Nähe akuter Existenzkrisen gebracht. Genauer gesagt und in vollem Gewicht auf uns selbst gezogen muß gesagt werden, daß es nicht so allgemein die theoretischen Schwächen waren als vielmehr die ungenügende Erkenntnis, wie schwerwiegend es sich auswirkt, wenn wir uns nicht voll und ganz auf die Überwindung solcher Schwächen konzentrieren!

Das ist für den Moment kein ergiebiges, aber ein notwendiges Resumee aus den Erfahrungen des letzten Jahres, und es wird an dieser Stelle extra betont, damit von Anfang an nicht die Idee aufkommt, mit der Einrichtung einer Programmkommission ist es schon getan.

An diesem Beispiel ist zu sehen, daß eine gemeinsame kritische Beleuchtung der Vergangenheit sehr wichtig ist, um auch die künftigen Schritte in wirklicher Gemeinsamkeit festlegen zu können. So ein Herangehen ist auch für den Erfolg dieser Konferenz und allen konkreten Vereinbarungen maßgeblich.

Noch ein Wort zu dem "Mißverständnissen", von der die Wr.Genossen besonders uns gegenüber in letzter Zeit häufig gesprochen haben. Wir haben im Laufe der letzten Monate mehrere Fragen aufgeworfen, zu denen die Ltg. des KB Wien nicht geantwortet hat. Zuletzt war das u.a. unser Vorwurf gegenüber einer Pasage des Kommunist-Artikels, derzufolge das Programm noch vor seiner Verabschiedung "erprobt" werden müßte. Ist diese Auffassung durch die neueste Vorgangsweise stillschweigend erledigt?
(Häufig wurden indirekte Antworten von den Wr.Genossen gegeben, etwa zu: Zeitungsfrage /nationale Taktik durch lokale Arbeit/politische Zweckmäßigkeit der Programmausarbeitung/usw.).

Es hat sich mehrfach gezeigt, daß der richtige Weg am sichersten nach Aufeinanderprallen aller unterschiedlicher Gedanken und Positionen zu einer Frage gefunden und beschritten wird.
Das gilt nicht nur innerhalb eines Zirkels, sondern war am offenkundigsten bei der Diskussion um die Vereinheitlichungsbemühungen auch darüber hinaus von Bedeutung.
Noch viel wichtiger wird es für die von uns allen angestrebten nationale Organisation sein, daß durch gezielte Kritik und Selbstkritik unsere revolutionäre Kampfweise ständig verbessert wird und der demokratische Zentralismus zur Geltung kommt, von uns allen handhaben gelernt wird.

Ohne das wird die kommunistische Organisation zu einem Bach ohne Sauerstoff, in dem alles Leben abstirbt und der früher oder später ganz versiegen wird.
Wir haben in letzter Zeit gerade durch verstärkte Kritik der Mitglieder ziemliche Schwachpunkte in der Anleitungstätigkeit erkannt, auch aus

Wr. Rundschreiben kann man entnehmen, daß die leitenden Organe stärker beaufsichtigt werden und oftmals unter Beschuß kommen.
Das ist eine gute Entwicklung, wenn wir sie fruchtbar zu machen verstehen für die umfassenden Bemühungen beim Aufbau einer nationalen Organisation. Deren Leitungen werden so gut sein, wie gut die politische Linie - neben den ideologischen Grundlagen - Gemeinbesitz der Organisation ist, und wie gut die Mitglieder aufbauend auf den Erfahrungen aus der Massenarbeit ihre leitenden Genossen zu kontrollieren und zu erziehen, zur Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen verstehen und wie sehr letztere dazu bereit sind.

Im Auftrag der Leitung des
KB Salzburg/Hallein
J.R.,

Bevor die Konferenz zur Einrichtung einer Programmkommission und Besprechung weiterer Massnahmen zur Vorbereitung der Vereinheitlichung schritt, wollte unsere Delegation drei Anmerkungen in das Protokoll haben, die für uns, ausgehend von der einleitenden Stellungnahme, in der Diskussion nicht ausreichend geklärte Fragen festhalten:

1. Dass die Salzburger Delegation auch nach der Diskussion der Meinung ist, dass die Leitung des KB Wien Fehler in der Art der Auseinandersetzung mit der VRA gemacht hat und nicht immer ehrlich und entschieden die Klärung der politischen Differenzen im Hinblick auf die Erfüllung der Aufgaben der Kommunisten im Klassenkampf in den Mittelpunkt der Beziehungen gestellt hat.

2. Dass die geringe politische Selbständigkeit vor allem der nicht-Wiener KB's und die Tendenz zur leichtfertigen (dieses Wort ist in der Resolution 2 im Protokoll auf S. 6, Absatz 2 nicht enthalten und macht natürlich die ganze Passage unverständlich bzw. unsinnig!) Übernahme fremder Positionen eine Gefahr für die Herstellung fester politischer Einheit darstellen und solche schlechten Seiten der Beziehungen, wie sie heute vor allem zwischen Leitung des KB Wien und führenden Genossen der anderen Gruppen herrschen, später womöglich im Verhältnis des ZK zu den leitenden Organen der Ortsgruppen weiterwirken.

3. Zum Teil die ersten beiden Punkte umgreifend haben wir als drittes die Gefahr genannt, dass die Notwendigkeit einer tiefgreifenden politischen und ideologischen Festigung auch in den Vereinheitlichungsbemühungen der KB's eine grosse Rolle spielt oftmals schwer unterschätzt wird.

Ausgehend von diesen 'Anmerkungen für das Protokoll' ist eine neuerliche längere Diskussion entstanden, in deren Verlauf die Resolution 2 eingebracht, eine Stellungnahme unserer Delegation abgegeben und die Resolution 1 nachträglich mit einzelnen wichtigen Ergänzungen versehen wurde, bevor die Konferenz zur Einrichtung der Programmkommission schritt. Nun soll vor allem dargestellt werden, wie wir heute zu diesen 'Anmerkungen' stehen und was aufgrund dessen in nächster Zeit beachtet werden muss.

Zu 1)
Zu der in der einleitenden Stellungnahme und schon in früheren Papieren erhobenen Kritik am Verhalten gegenüber der VRA haben die Wr. Genossen nur in allgemeiner und alles abschwächender Form geantwortet und betont, dass die Auseinandersetzung mit der VRA ja Aufgabe aller KB's sei. Das stimmt, aber nichtsdestoweniger fand und findet in Wien durch die gemeinsame Praxis zweier ML-Organisationen am Ort eine viel direktere und ständige Konfrontation statt. Dieser Umstand und seine politisch führende Rolle unter den KB's hätten den KB Wien schon früher zu einer systematischen und intensiveren Auseinandersetzung mit der VRA in den Hauptfragen der politischen Linie veranlassen müssen, um darin eingebettet eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Ziele sowie Verwirklichung konkreter Zusammenarbeit (wie etwa zum 1. Mai oder zu den

Nationalratswahlen angestrebt) zu erreichen. So wurden auf den zwei Konferenzen vor den Wahlen zwar wichtige Diskussionen zu unserem Verhalten gegenüber bürgerlichen Parlamenten in der heutigen Situation und zu einigen weiteren Fragen geführt, aber beispielsweise abgelehnt, im Zusammenhang mit dem Auftreten gegen kapitalistische Rationalisierung und wachsende Arbeitslosigkeit die Frage des gewerkschaftlichen Kampfes aufzurollen, weil es "eh nur Differenzen" gibt. Schon von der gemeinsamen Erklärung zum 1. Mai wurde diese Frage auf Betreiben der Delegation des KB Wien ausgeklammert.

Bei den Wahlkonferenzen wurde neuerlich und vielleicht noch massiver als verher deutlich, dass hinter verschiedenen Streitpunkten mit den Genossen der VRA Differenzen in grundsätzlichen Fragen stehen, betreffend das Herankommen an die sozialistische Revolution, den notwendigen Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und des Volkes, die Gewinnung der werktätigen Massen für den Kommunismus und die Bedeutung des demokratischen Kampfes zum Zusammenschluss des Volkes gegen den bürgerlichen Staat.

In dieser Situation verfolgten die KB-Wr. Genossen weiterhin den Weg, die VRA-Delegation in einzelnen Fragen der Politik "festzunageln", was nur bei der Resolution zum Kampf gegen die Steuerausplünderung gelang. Wie wenig tatsächliche Übereinstimmung hier dahinterstand, zeigte die kürzliche Ablehnung der VRA, an einer Protestdemonstration gegen die Steuerausplünderung teilzunehmen.

Auf der Linzer Wahlkonferenz wurde von den Wr. Genossen eine Resolution zur Frage der Kriegsgefahr durchgedrückt, ohne dass eine nennenswerte Klärung mit den Auffassungen der VRA erreicht und ohne dass unsere diesbezügliche Politik ausreichend festgelegt worden wäre. Ist auch diese durchgedrückte Resolution ein Punkt, wo der KB Wien "die VRA wie einen KB" behandelt hat? Aber wie stand es damals mit den Delegationen der KB's? Keine - zumindest von den kleineren Gruppen und jedenfalls unsere Delegation - konnte bei jener Konferenz einer Resolution über die Kriegsgefahr und die uns erwachsenden Aufgaben aufgrund vorhergehender Beratungen in den einzelnen Organisationen zustimmen. Deswegen haben wir nur mit Vorbehalt unterschrieben, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Mängel darin und die Notwendigkeit der Erarbeitung einer festen Position infolge einer (auch von der Resolution ausgehenden) offenen und breiten Debatte in der gesamten Bewegung.

Der Kampf um die Einheit aller Marxisten-Leninisten Österreichs wird voraussichtlich eher langwierig sein. Er wird am raschesten erfolgreich sein, wenn wir ihn im richtigen Verhältnis und auf dem Boden der Aneignung und Handhabung unserer wissenschaftlichen und theoretischen Grundlagen, der Fortschritte im praktischen Eingreifen in den vor unseren Augen sich abspielenden Klassenkampf und in ehrlicher und offener Auseinandersetzung mit der VRA und allen anderen kommunistischen Kräften führen. Das wird auch die diesbezügliche Orientierung der Resolution 1 bewusst und richtig umsetzen helfen.

Zu 2)

Die Resolution zum demokratischen Zentralismus rückt einige bedeutsame Fragen in den Blickpunkt der Bewegung, worüber ausgehend von einer konkreten Einschätzung des inneren Zustandes der beteiligten Organisationen Klärung erzielt werden muss. Die Resolution weist den Punkt 4 unseres Kommuniqueentwurfes und die beantragte Anmerkung 2 für das Protokoll zu Recht zurück. Darüberhinaus wurde aber in der mündlichen Stellungnahme unserer Delegation vor der Abstimmung der Resolution den krampfhaften Versuchen einzelner Wr. Genossen entgegengetreten, die uns anhand der beiden kritisierten Äusserungen beständig nachzuweisen versuchten, dass wir - wenn auch nicht voll bewusst - eine falsche Gesamtsicht hätten. Wir wehren uns deswegen so heftig dagegen, weil wir eine solche Gesamtsicht - hier in bezug auf einen "losen Zirkelverband" - nicht haben, die Resolution 2 allein aber einen solchen Eindruck hervorruft. So entschlossen wir uns, der Resolution bei gleichzeitiger Veröffentlichung unserer davor abgegebenen und darauf bezogenen Stellungnahme zuzustimmen.

Beide in der Resolution kritisierten Äusserungen sind allerdings nach eingehender Prüfung unserer bisherigen Auffassungen sowie angesichts der Praxis unserer Organisation (aufbauend auch auf dem im Juni 1975 veröffentlichten Statut) nicht Ausdruck einer bei uns angeblich herrschenden falschen Sichtweise über den "organisatorischen Aufbau der zu gründenden Organisation" (W. L. im RS 46). Deswegen ist die Resolution weder geeignet, eine Korrektur bei uns zu bewirken, noch ist sie in dieser Form geeignet bzw. ausreichend, in allen Organisationen jene Schritte herbeizuführen, die wirklich nötig sind, um eine "vom ersten Tag an" demokratisch-zentralistische Arbeitsweise zu ermöglichen.

Auf der Konferenz hat Gen. W.L. zwei Passagen aus früheren, von J.R. verfassten, Papieren herangezogen als Hinweise für eine möglicherweise schon länger vorhandene falsche Einstellung, aber beide Zitate erwiesen sich aufgrund der Erwiderung als völlig unhaltbare Vorwürfe.
Der erste bezog sich auf die in unserem Vorschlag vom 7. Juli gebrauchte unglückliche Formulierung, dass eine Programmkommission in gewisser Hinsicht über den Zirkeln steht. Daran wurden immer wieder alle möglichen Spekulationen geknüpft, ob das nicht schon ein ZK sei oder die Leitung eines Zirkelverbandes. Wer aber das Papier von damals liest, wird sehen, dass das willkürliche Interpretationen waren und sind und von unserer Seite nichts anderes gemeint war, aus auch jetzt in der Resolution 3 allgemein anerkannt wurde, dass nämlich die Mitglieder der Kommission in der Programmausarbeitung nicht gegenüber ihren jeweiligen Leitungen weisungsgebunden sind und im Auftrag der beteiligten Zirkel etwas ausarbeiten, was für die Zirkel als solche keine Bedeutung mehr hat.
Als zweites zog Gen. W.L. folgenden Satz aus einem Papier von J.R. vom 15.8. heran! "Nach allen bisherigen Erfahrungen zu schliessen und in Anbetracht ihrer bisher entwickelten Politik könnten fast alle Gruppen der jungen kommunistischen Bewegung sogar über Nacht zusammengehen und würden, zumindest fürs erste, in einer Richtung marschieren." Um zu verstehen, gegen welche Auffassung diese Polemik gerichtet ist, was daraus für Schlussfolgerungen gezogen wurden, braucht man nur den Satz davor und den Satz danach wiederzugeben:
"Meint der KB Wien, dass zwar vielleicht die programmatischen, jedenfalls aber nicht die entsprechenden taktischen Grundlagen für eine handlungs- und entwicklungsfähige nationale Organisation geschaffen werden können nach heutigem Stand, so meinen wir demgegenüber: Nach allem..... marschieren. Niemand (!) schlägt so eine Art der Vereinheitlichung vor, denn so würde natürlich nichts getan, um bestehende Differenzen in der gesamten kommunistischen Bewegung offenzulegen, auf ihre Tiefe zu untersuchen, es würde so einer nationalen Organisation jedes dokumentierte Festhalten ihrer Grundanschauungen, ihres Ziels und der Entwicklung des Wegs dahin fehlen, und das wäre kein Beitrag zum Parteiaufbau, sondern eine schlechte und schnell vergängliche Karikatur darauf."
Das war schon zum damaligen Zeitpunkt eine eindeutige Absage an jeden organisationsopportunistischen und politisch unfundierten Zusammenschluss.
Wir haben infolgedessen die Resolution zum demokratischen Zentralismus nicht als Selbstkritik einer falschen Einstellung verstanden und verstehen können, sondern eben nur als Kritik an den 2 Äusserungen, die wir in der anfänglichen Diskussion tatsächlich nur halbherzig und stillschweigend zurückgenommen hatten. Dazu muss zweierlei angemerkt werden: Unser Kommunique-Entwurf wurde inhaltlich zu keinem Zeitpunkt genauer diskutiert, sondern nur insoweit, ob dieser oder der Wr. Resolutionsvorschlag als Beratungsgrundlage hergenommen werden sollte, wobei sich die Konferenz für den letzteren entschied.
Zur Frage des Weiterwirkens schädlicher Seiten in den heutigen Beziehungen zwischen KB's in der nationalen Organisation ist zu sagen, dass wir ein allerdings sehr reales und sehr konkretes Problem falsch aufgerollt haben. (Abgesehen von der schon erwähnten vollkommen sinnentstellenden Wiedergabe unserer Kritik in der Resolution auf S. 6 oben). Wir haben uns heute wirklich nicht in erster Linie Gedanken zu machen, was und wie etwas von der Zirkelzeit her in der nationalen Organisation weiterwirken könnte, sondern müssen in den nächsten Monaten alle Anstrengungen darauf konzentrieren, eine möglichst von Anfang an in jeder Hinsicht gut arbeitsfähige nationale Organisation zu gründen. Darauf muss sich jetzt einmal unser aller Augenmerk richten, wenn wir alle Seiten der Beziehungen zwischen den KB's untersuchen und daraus etwas lernen wollen. In dieser Hinsicht ist auch die Schlussfolgerung zu der Anmerkung 2 zu korrigieren.
Aufgrund des Verlaufs der Diskussion auf der Konferenz und aufgrund des Charakters der Meinungsverschiedenheiten war es uns nicht einsichtig, wegen dieser zwei Äusserungen eine Resolution zu verabschieden und wir fanden es höchst bedenklich, dass die antragstellenden Genossen W.L. und G.St. bereit waren, über diese Resolution und im Falle unserer Nichtzustimmung bzw. Enthaltung die ganze Konferenz scheitern zu lassen (man kann das als moralisierende Kritik bezeichnen, es ist aber eine zutiefst politische!)
In dieser Situation haben wir uns nach längerer Beratung entschlossen, der Resolution zuzustimmen, unter der Bedingung, dass die von unserer Delegation vorher abgegebene Stellungnahme als Anhang zur Resolution veröffentlicht wird.

Das haben wir vor der Abstimmung beantragt und ist uns nicht erst "am Ende der Konferenz" eingefallen, wie es im Wr. RS 46 fälschlicherweise behauptet wird.
Es war auch keine neue Stellungnahme, sondern eine gekürzte Fassung derselben, die wir vor der Abstimmung verlesen haben. Diese, so beantragten wir, sollte, wie vorgesehen und angekündigt, ins Protokoll als Anhang zur Resolution 2 aufgenommen werden, wogegen sich die Wr. Genossen aus nicht ganz erklärlichen Gründen und mit Argumenten wie "die Resolution wurde ohne Zusätze und Kommentare beschlossen" sträubten. Ausserdem wurde behauptet, ins Protokoll könnten nur Beschlüsse der Konferenz hineinkommen und wir dürften stattdessen eine Stellungnahme im Wr. Rundschreiben veröffentlichen. Dies tun wir auch, nachdem die Mehrheit der Delegationen so eine Vorgangsweise befürwortete.
Auch wenn sich das Erscheinen dieses Beitrags von uns etwas verzögerte, halten wir die vorherige Herausgabe eines solchen Kommentars wie im RS 46 für unkorrekt und der offenen Auseinandersetzung abträglich. Auf die gravierendsten darin enthaltenen Unterstellungen ist bereits eingegangen worden. Es stimmt weiters nicht, wenn im RS 46 behauptet wird, unsere Stellungnahme zur Resolution 2 stelle alles in Frage - tatsächlich wurde damals von uns gesagt, dass es sich bei den kritisierten Auffassungen um keine Linie im KB Sbg. /Hallein handelt und dass wir gegen jede offene oder versteckte Infragestellung einer demokratisch-zentralistischen Organisation ankämpfen werden.
Die Resolution 2 weist richtig daraufhin, dass einzelne unserer Äusserungen "einen formellen Zusammenschluss der KB's bei tatsächlichem Fortbestehen von Zirkelverhältnissen nahelegen" - das heisst aber noch lang nicht und stimmt auch einfach nicht, dass uns ein "loser Zirkelverband" vorschwebte. Wenn die Wr. Genossen solche Vorwürfe erheben, ohne sie wirklich stichhältig belegen zu können, dann haben wir schon auf der Konferenz nicht unberechtigt darauf hingewiesen, dass von Wr. Seite keinerlei direkte Antwort zu dem zentralen Kritikpunkt unseres Papiers zum W. L.-Artikel im Kommunist 1/75 gekommen ist. Wir hatten den Artikel in der Weise kritisiert, dass die in ihm enthaltene Sichtweise unter Umständen auf ein Zirkelgespann hinauslaufen könne.
Siehe Papier:Kein Zirkelgespann, eine einheitliche und schlagkräftige Organisation ist nötig. S. 2, 3:
"Wir meinen, dass bereits in der unzulänglichen und zum Teil immer noch beschönigenden Darstellung der Lage der kommunistischen Bewegung der Herd für weitere Fehlbestimmungen im Vereinheitlichungsartikel von W. L. liegt. Zwar wird vollkommen richtig gesagt, vor welchen wachsenden Anforderungen wir alle stehen, aber in der Konsequenz des gesamten Artikels im wesentlichen so ein Weg vorgezeichnet, dass der KB Wien in den entscheidenden Fragen vorangehen und die anderen mitreissen wird. Das wird in der Programmfrage, in der Zeitungsfrage und in der Frage der aktuellen Politik, der Entwicklung einer richtigen Taktik direkt so gestellt."...
"Noch so viele Konferenzen und noch so viele Beschlüsse verschiedener Gruppen können nicht jenes Mass an planvoller Aktivität und jenes demokratisch-zentralistische Leben bringen, wie es längst nötig und für eine geschlossene Organisation unabdingbar ist."...
"Entweder man ist der Meinung, dass es noch langer Diskussionen, Umbrüche und Reifungsprozesse auf Zirkelebene bedürfe, oder man schlägt den zielführendsten Weg zur Vereinheitlichung, zum Zusammenschluss ein. Der Artikel von W. L. bringt das Schwanken des KB Wien zwischen diesen Wegen zum Ausdruck und lässt eine Kompromiss-Konzeption sichtbar werden, die nichts taugt: Eine bessere politische Verkettung der Zirkel oder eines Teils der Zirkel, anstatt deren Auflösung."

Im KB Sa/Ha hat bisher niemand Vorschläge gemacht, die auf einen "Zirkelverband unter der Hand" hinauslaufen würden, noch hat jemand ein für einen Zirkelverband massgebendes, auf diesen zugeschnittenes Statut verlangt. Wir sind nicht erst seit der Wr. Konferenz vom Dezember offen und erklärtermassen gegen beides!
Bei den Schwierigkeiten zur Durchsetzung demokratisch-zentralistischer Arbeitsweise in den Zirkeln ist natürlich die konkrete Situation genau zu prüfen. Etwa wenn führende Genossen manchen ihrer Aufgaben nicht nachkommen, inwiefern sie nicht viel zu viele Verantwortlichkeiten haben, sodass sie allen ihren Aufgaben gar nicht nachkommen können, was ja bei den Leitungen zumindest der kleineren KB's eine noch sehr häufige Erscheinung ist. Man muss prüfen, ob Beschlüsse ausreichend begründet sind und einheitliche Handlungsfähigkeit gewährleisten, ob die Grundeinheiten durch ausreichende

politische Diskussion und verschiedene Massnahmen zur Anleitung ihrer Tätigkeit tatsächlich zur Umsetzung von Beschlüssen befähigt werden, ob wesentliche Erfahrungen aus der Praxis ausgewertet und der ganzen Organisation vermittelt werden. Man muss prüfen, wie die leitenden Organe den Grundeinheiten Rechenschaft ablegen und wie das Berichtewesen der Grundeinheiten an die leitenden Organe funktioniert, usw.
So eine konkrete Untersuchung des Zustandes und der Arbeitsweise unserer Organisationen sollte einerseits sofortige Konsequenzen haben, andererseits die mit der Gründung einer nationalen Organisation nötig werdenden Umstellungen gut und ohne Verzug vornehmen lassen. Es wird unerlässlich sein, schon heute in den einzelnen Organisationen nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus zu arbeiten und es ist ferner notwendig, dass wir uns lieber heute als morgen von chronisch unbeständigen, wankelmütigen und die revolutionäre Disziplin missachtenden Genossen trennen.
Bezüglich unserer Organisation hat die Leitung nach der Wr. Konferenz einmütig erkannt, dass der Liberalismus, der unserer Delegation in allerdins völlig anderem Zusammenhang vorgeworfen wurde, innerhalb der Organisation sehr weit verbreitet ist und eine grosse Gefahr darstellt, wenn es uns nicht gelingt, ihn in der nächsten Zeit zurückzudrängen und schliesslich auszumerzen. Wir betrachten das im Hinblick auf die nationale Organisation als eine ungleich wichtigere Aufgabe als den Kampf gegen die in Resolution 2 genannten Auffassungen, die in sieser Form in der Organisation nicht vorhanden sind.
Freilich können auf dem Boden eines weiterwuchernden Liberalismus, dem die Leitung zeitweise selbst verfallen ist, und in Verbindung mit einer womöglich schlecht und unzureichend geführten politischen Auseinandersetzung einer kommunistischen Bewegung solche Auffassungen einer "Autonomie der Ortsgruppen" oder ähnliches entstehen, aber gegenwärtig ist das noch nicht der Fall und wir werden auch nicht solange warten (in diesem Zusammenhang sollten alle interessierten Genossen anderer Organisationen die Kapital 1 und 2, Abschnitt IV, S. 46-50 des Rechenschaftsberichts der Leitung des KB Salzburg/Hallein vom April 1975 durchlesen).
Zweifellos werden die Voraussetzungen zur Durchführung unserer gesamten politischen Arbeit nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus in der nationalen Organisation besser als unter den heutigen Verhältnissen sein.
Wir werden durch die Erarbeitung eines Programms einen wichtigen Schritt zur Fundierung unserer politischen Linie machen, wenn alle Genossen die nächsten Monate nutzen, um sich mit diesem Dokument auseinanderzusetzen und sich dann bewusst darauf zu stellen.
Wir werden eine sorgfältige Analyse mehr oder weniger ausgefochtener taktischer Differenzen aus der Vergangenheit vornehmen müssen und eine genaue Einschätzung der Situation, in der sich die Arbeiterklasse und im Verhältnis zu ihr alle anderen Klassen der Gesellschaft befinden, wie die internationalen Bedingungen für den Fortschritt der proletarischen Weltrevolution sind und welche vordringlichen Aufgaben wir als österreichische Kommunisten heute zu erfüllen haben - all das muss bei Gründung einer nationalen Organisation möglichst klar festgehalten werden, um davon ausgehend und durch das geschlossene Eingreifen in den Klassenkampf unsere Einschätzung stets von neuem zu verbessern bzw. zu korrigieren.
Wir werden ein Statut festlegen, um auf der Grundlage der politischen Beschlüsse einer Gründungskonferenz eine einheitliche Disziplin zu verwirklichen, wo eine Grundeinheit der Organisation in Vorarlberg auf derselben Linie und unter derselben zentralen Anleitung kommunistische Massenarbeit macht wie eine Grundeinheit der Organisation in Wien, gegen die Kapitalistenklasse desselben Landes, gegen denselben Staat, mit gemeinsamer Strategie und Taktik.
Man muss den demokratischen Zentralismus in der kommunistischen Organisation als Mittel zum Zweck begreifen, um uns an die Spitze der Massen im Kampf für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus zu stellen. (Anm: Zur Weiterführung der Diskussion über den demokratischen Zentralismus sollten besonders auch die zwei Kapitel im 1. Band der Ausgewählten Werke von Mao Tse-tung, S. 122 - 125 studiert werden).
[illegible]

Dies ist unsere Auffassung, aber zum folgenden Satz, der von uns in der auf der Konferenz abgegebenen Stellungnahme erwähnt wurde, behaupteten die Wr. Genossen, dies hätte überhaupt nichts mit dem Gegenstand der Auseinandersetzung zu tun.

Wir sagten: "Diese Begründung kann nur von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses und der Führung der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat durch die revolutionäre, organisierte kommunistische Vorhut der Arbeiterklasse hergeleitet werden."
Mit den hier aufgeworfenen Fragen müssen sich alle unsere Organisationen in der nächsten Zeit befassen und im Zusammenhang mit ihrer Praxis und insbesondere im Rahmen ihrer Rechenschaftsberichtsdiskussionen auf Klärung drängen.

Zu 3)
Von dieser Anmerkung ausgehend haben wir die Aufnahme einer Passge über die konkreten Punkte politischer Übereinstimmung zwischen den beteiligten Organisationen in die Resolution 1 erreicht.
Darüberhinaus hätten wir vehementer für die Streichung eines Satzes eintreten müssen, der heisst:" Getrennt werden sie (= die KB's) nicht durch grundlegende politisch-ideologische Differenzen, sondern (?!) durch die organisatorische Zersplitterung."
Stattdessen hätte auch in der Resolution betont werden müssen, was wir in unserer Stellungnahme auf der Konferenz hervorstrichen, was aber von einzelnen Wr. Genossen immer wieder als "eh klar" herabgespielt wurde, nämlich dass die richtige politische und ideologische Linie alles entscheidet und ihre Ausarbeitung in den Mittelpunkt gestellt werden muss - eben dies gilt nicht nur für die Auseinandersetzung mit VRA und MLPÖ, sondern auch für die Vereinheitlichungsbestrebungen der KB's und erfordert noch besondere Anstrengungen von uns in den nächsten Monaten. Dafür reicht die Niederschrift bestehender Gemeinsamkeiten nicht aus, sondern es muss vor allem die theoretische Arbeit verstärkt, die Untersuchung der Klassenkampfsituation intensiviert und die Schulung des Marxismus-Leninismus in allen Organisationen aufgenommen bzw. vorangebracht werden.
In allen Grundeinheiten muss die politische Diskussion in jeder Frage, besonders im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Aufgaben in der Massenarbeit an die Spitze gestellt werden.
Sind die Vorgänge in Linz und Graz in der letzten Zeit nicht der schlagende Beweis dafür, dass die KB's keineswegs nur noch organisatorische Zersplitterung trennt? Wenn im einen Fall Zirkelgeist in ungewohnter Schärfe auflebt und eine teilweise Traktionierung der Organisation hinter einzelnen Genossen und vor ziemlich unklarem politischem Hintergrund eintritt, so ist es offensichtlich mit der politischen Festigung nicht weit her und genügt es sicher nicht, wollten wir nur auf die Überwindung der organisatorischen Zersplitterung Kurs nehmen, weil kas keine sehr langlebige Überwindung sein könnte.
Oder wenn im andern Fall eine Organisation in zwei Teile zerfällt, aber trotzdem beide beanspruchen, im Sinne der Beschlüsse der Wr. Konferenz auf die Gründung einer nationalen Organisation der österreichischen Kommunisten hinzuarbeiten - all das wird man nicht richtig beurteilen und behandeln können, wenn man nicht die Ausarbeitung und Niederlegung der politischen Linie der österr. Kommunisten zum Angelpunkt auch der jetzigen Vereinheitlichungsbemühungen eines Teils der gesamten Bewegung macht.
Wenn man nicht erkennt, auf wie schwachen Füssen die heutigen Zirkel durchwegs noch stehen und dass der Herausbildung eines Grundstocks kommunistischer Kader, die auf einer Linie in allen Orten arbeiten und die Organisation aufzubauen verstehen, äusserst grosse Bedeutung zukommt.
Studieren wir die Erfahrungen und Lehren, die gerade auch aus der langen und ereignisreichen Geschichte der österr. Arbeiterbewegung gezogen werden können.
Der Aufbau der kommunistischen Partei wird nur erfolgreich sein, wenn wir ausgehend vom Marxismus-Leninismus eine richtige Massenlinie verfolgen und dabei wirklich einen Beitrag zum Zusammenschluss der Arbeiterklasse und des Volkes und zur Herausbildung einer revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse als Ausdruck der beginnenden erfolgreichen Verbindung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus leisten. Nur auf dieser Linie kann der Parteiaufbau erfolgreich vorangebracht und die Herstellung der Einheit aller Marxisten-Leninisten unseres Landes verwirklicht werden.

J. R. f. d. Ltg. des KB Sa/Ha
fertiggestellt am 13. 1. 1976